LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

Landesrat des Saargebietes

---

Stenographischer Bericht über die 1. Sitzung

Saarbrücken, Mittwoch den 19. Juli 1922 .

Vorsitzender: Oberregierungsrat Kossmann.

Im Namen der Regierungskommission des Saargebietes eröffne ich hiermit die erste Sitzung des Landesrates.

Die Tagesordnung für die erste Sitzungsperiode ist wie folgt festgesetzt:

1. Verlesung einer Botschaft der Regierungskommission,

2. Mitteilung des Entwurfes einer Geschäftsordnung für den Landesrat,

3. Bildung von Kommissionen.

Mit Rücksicht darauf, dass wir eine endgültige Geschäftsordnung noch nicht haben, wollen wir uns einstweilen an die Richtlinien halten, welche durch den vorliegenden Geschäftsordnungsentwurf für die Führung unserer Verhandlungen gegeben sind. Ich schlage deshalb zunächst vor, einen provisorischen Vorstand zu bilden, der ausser dem Vorsitzenden aus 2 von Ihnen zu wählenden Vertretern bestehen soll. Ich bitte um Vorschläge zur Wahl.

Dr. Sender (Soz.):

Ich schlage namens meiner Partei den Abgeordneten Betz, Völklingen, vor.

Levacher (Z.)

Den anderen Posten bitte ich dem Abgeordneten Schauer I, St. Ingbert, zu übertragen.

Vorsitzender:

A4 I

Vorsitzender:

Da sonst keine Vorschläge gemacht werden, schreiten wir zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über den Vorschlag des Abgeordneten Herrn Dr. Sender, der im Namen seiner Partei den Abgeordneten Herrn Betz, Völklingen vorgeschlagen hat. Wer für diesen Vorschlag stimmt, möge sich vom Platze erheben. (Geschieht.)
Ich bitte um die Gegenprobe. Es erhebt sich niemand. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Betz einstimmig vom schriftführer gewählt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Abg. Levacher, der im Namen des Zentrums den Abg. Herrn Scheuer I, St. Ingbert, vorgeschlagen hat. Wer diesem Vorschlage zustimmt, möge sich erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Es erhebt sich niemand. Ich stelle fest, dass auch der Abgeordnete Herr Scheuer I, St. Ingbert, ohne Widerspruch zum Schriftführer gewählt ist. Die Gewählten bitte ich zu meiner Rechten bezw. zu meiner linken Platz zu nehmen. (Geschieht) Die beiden Herren verpflichte ich hiermit durch Handschlag.

Wir kommen nunmehr zur Feststellung der Anwesenheitsliste. Zu diesem Zwecke bitte ich, den Sekretär, Herrn Görgen, das Mitgliederverzeichnis des Landesrates zu verlesen. Die Verlesenen wollen sich gefl. beim Namensruf erheben.

Sekretär Görgen:

Gemäss Bekanntmachung betr. die Wahlen zum Landesrat, Nr. 359 im Amtsblatt Nr. 13 vom 8. Juli 1922, sind bei der Wahl am 25. Juni 1922 zu Mitgliedern des Landesrates gewählt:

Wahlvorschlag A: Deutsch-Demokratische Partei:
Dr. Oskar Scheuer, Saarbrücken,

Wahlvorschlag B: Minderheitenschutz-Vereinigung des Saargebietes:

---

Wahlvorschlag C: Sozialdemokratische Partei:
Hermann Petry, Neunkirchen,
Anton Betz, Völklingen,
Dr. Walter Sender, Saarbrücken,
Joh. Peter Hoffmann, Uchtelfangen,
Hermann Ringle, Blieskastel,

Wahlvorschlag D: Liberale Volkspartei:
Wilhelm Schmelzer, Saarbrücken,
Hermann Röchling, Völklingen,
Friedrich Fuchs, Ottweiler,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

Dr.Max v.Vopelius, Sulzbach.

Wahlvorschlag E: Vereinigung für Hausbesitz und Landwirtschaft:

Gustav Schmoll, Saarbrücken,

Peter Wagner, Picard.

Wahlvorschlag F: Kriegsopfer des Saargebietes:

---

Wahlvorschlag G: Unabhängige Sozialdemokratische Partei

---

Wahlvorschlag H: Kommunistische Partei:

Johann Helfgen, Dudweiler,

Philipp Reinhard, Ludweiler,

Wahlvorschlag J: Zentrumspartei:

Franz Levacher, Saarlouis,

Peter Wilhelm, Wehrden,

Peter Kiefer, Saarbrücken,

Wilhelm Martin, Saarbrücken,

Johann Gladel, Felsberg,

Richard Becker, Saarbrücken,

Mathias Karius, Saarbrücken,

Peter Scheuer, St. Ingbert,

Peter Heintz, Brotdorf,

Anton Schmidt, Homburg,

Johann Werth, Neunkirchen,

Eduard Angel, St. Wendel,

Joh. Jakob Kratz, Neunkirchen,

Elisabeth Hallauer, St. Wendel,

Wilhelm Rütters, Völklingen,

Mathias Niederländer, Ormesheim.

Vorsitzender:

Ich danke Ihnen und stelle fest, dass sämtliche gewählte Mitglieder des Landesrates anwesend sind.

Der

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Der Herr Präsident der Regierungskommission, Staatsrat Rault, hat folgendes Schreiben an den Landesrat gerichtet:

" Nach Einsicht der Verordnung vom 24. März 1922, betr. die Errichtung eines Landesrates, insbesondere des Artikel 15 derselben, wird der Oberregierungsrat Dr. Maurer in St. Ingbert zum Staatskommissar für die erste Sitzungsperiode des Landesrates ernannt."
Herr Staatskommissar Dr. Maurer ist hier anwesend.

Wir kommen nun zum ersten Punkt der Tagesordnung: Verlesung einer Botschaft der Regierungskommission an den Landesrat,

Die Botschaft lautet:

" Sehr verehrte Mitglieder des Landesrates!

Die Regierungskommission hat die Ehre, die Mitglieder des Landesrates herzlich willkommen zu heißen.

Sie begrüsst in Ihnen die gewählten Vertreter der Bevölkerung, zu deren Anhörung sie nach dem Friedensvertrag von Versailles berufen ist. Sie gibt hierbei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, dass Ihre Mitarbeit der Regierungskommission nicht fehlen, und dass Ihre eifrige und gewissenhafte Tätigkeit den Bewohnern des Saargebietes zum Segen gereichen wird.

Es ist die Pflicht der Regierungskommission, klar und offen zum Ausdruck zu bringen, auf welcher Grundlage ein nützliches Zusammenarbeiten zwischen ihr und dem Landesrat beruhen muss.

Der Friedensvertrag lässt nur in 2 Fällen eine Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung zu, ohne übrigen hierdurch die Regierungskommission zu binden. Die Verordnung vom 24. März 1922 hat infolgedessen der Tätigkeit des Landesrates scharf umrissene Grenzen gesetzt.

Sie bestimmt insbesondere, dass der Landesrat nur über diejenigen Gegenstände beraten kann, die ihm durch die Tagesordnung überwiesen worden sind, welche dem Einberufungserlass angeheftet ist. Diese Verordnung ist in ihrem ganzen Umfang von dem Rat des Völkerbundes einstimmig gebilligt worden. Der Hohe Rat, von dem die Regierungskommission ihre Vollmachten herleitet, hat ausdrücklich erklärt, dass der Völkerbund der Regierungskommission nicht gestatten könnte, sich der ihr übertragenen Befugnisse zu entäussern. Er hat hinzugefügt:" für die Regierungskommission wäre es unzulässig, entgegen dem Friedensvertrag ein saarländisches Parlament zu errichten, dem die Regierungskommission verantwortlich ist, und welches die von dem Völkerbund ernannte Kommission hindern könnte ihr Amt zu versehen." Die Regierungskommission hat die Pflicht, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu achten und ihnen Achtung zu verschaffen und die bestimmten Anweisungen des Völkerbundsrates zu befolgen.

Sie ist der Zuversicht, dass die Mitglieder des Landesrates sich auf den Boden der Verhältnisse stellen, die der Friedensvertrag im Saargebiet geschaffen hat, und dass sie entschlossen sind, wirksam den Interessen

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 1

der Bevölkerung zu dienen. Die Regierungskommission hat ihrerseits, indem sie aus freien Stücken die Anregung zur Schaffung eines Studienausschusses und eines Landesrates gab, ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, die Bevölkerung in so weitgehendem Umfang als möglich an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen zu lassen. Sie wird in liberaler Weise die Verordnung vom 24. März 1922 auslegen. Den Mitgliedern des Studienausschusses und des Landesrates wird nacheinander Gelegenheit gegeben werden, in gründlicher Weise die ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe zu prüfen und ihnen hierüber alle Aufklärung zu geben, die für erforderlich erachtet wird. Sie werden daher in der Lage sein, vollkommen frei und überlegt ihre Meinung zu äussern. Die Regierungskommission wird es sich angelegen sein lassen, die Gutachten der gewählten Vertreter der Bevölkerung mit all der Begutachtung, auf die sie Anspruch machen können, zu prüfen und sie bei ihren Entscheidungen zu würdigen.

Um Ihnen zum Ausdruck zu bringen, wie sie mit dem Landesrat zusammen zu arbeiten gedenkt, hat die Regierungskommission die Geschäftsordnung des Landesrates nicht verkündet, sondern erst nach seiner Anhörung darüber befinden wollen, in welcher Form die Einholung des Gutachtens der gewählten Vertreter der Bevölkerung in Zukunft stattfindet.

Es wird Ihnen daher heute der Entwurf einer Geschäftsordnung vorgelegt. Seine Prüfung und die Mitteilung der Bemerkungen, zu denen er Anlass gibt, wird evtl. mit der Bildung der in der Geschäftsordnung vorgeschlagenen Kommissionen der einzige Gegenstand der Beratungen Ihrer ersten Sitzungsperiode sein.

Die Regierungskommission hätte Ihnen gern schon in Ihrer ersten Sitzung einige der Verordnungsentwürfe vorgelegt, deren Prüfung nunmehr Ihr Tätigkeitsgebiet sein wird. Nach den Bestimmungen der Verordnung vom 24. März 1922 müssen jedoch diese Entwürfe zunächst von dem Studienausschuss geprüft werden, der erst nach Vornahme der Wahlen zum Landesrat einberufen werden kann. Die Regierungskommission sah sich daher in die Notwendigkeit versetzt, die Mitteilung der vorliegenden Verordnungsentwürfe auf Ihre nächste Sitzung zu vertagen.

Sehr verehrte Mitglieder des Landesrates!

Die Regierungskommission hat zum Vorsitzenden des Landesrates Herrn Oberregierungsrat K o s s m a n n ernannt. Sie legte Gewicht darauf, den Vorsitz des Landesrates einem Saarländer anzuvertrauen, der eine grosse politische Erfahrung besitzt und dem die Bevölkerung schon aus verschiedenen Anlässen ihr Vertrauen zum Ausdruck gebracht hat.

Möge die Tätigkeit des Landesrates unter seiner Leitung eine segensreiche werden! Möchte sie zur Wohlfahrt und zum Wohlstand des schönen Saargebietes beitragen. Möchte sie gleichzeitig beseelt von dem Geiste des Völkerbundes der Wiederversöhnung der Völker dienen.

Levacher

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A 4 1

Lovacher ( Z.)

Im Namen meiner Partei möchte ich zu dieser Erklärung auch eine Erklärung abgeben.

Vorsitzender:

Ich bin leider nicht in der Lage, Ihnen hierzu das Wort zu geben, da die Tagesordnung lediglich die Verlesung einer Botschaft der Regierungskommission vorsieht.

Lovacher ( Z.):

Dann bitte ich um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vorsitzender:

Herr Abgeordneter Lovacher hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Lovacher:

Es ist ausserordentlich erstaunlich: Wir haben diese Botschft heute schon zum zweitenmal gehört und es soll uns verwehrt werden, eine Antwort darauf zu geben. Das ist ein Standpunkt der Regierung, den ich völlig unverständlich finde, und dem ich auf das Entschiedenste widersprechen muss. Ich muss darauf bestehen, dass mir das Wort gegeben wird. Die Regierungskommission hat in ihrer Botschaft gesagt, wie sie in Zukunft ihr Verhältnis zu uns stellen will und wie sie künftig im Saargebiet arbeiten will. Es kann uns nicht verwehrt sein, dass wir das Gleiche tun. Ich stelle den Antrag, mich eine Erklärung abgeben zu lassen.

Vorsitzender:

Nach den dem Geschäftsordnungsentwurf zugrundeliegenden Richtlinien, die für die Regierung unserer Verhandlungen solange anzuwenden sind, bis wir eine endgültige Geschäftsordnung haben, bin ich nicht in der Lage, die gewünschte Erklärung zuzulassen.

Dr. Sender (Soz.):

Auch die sozialdemokratische Fraktion hat den Wunsch eine Erklärung abzugeben. Es handelt sich bei dieser Erklärung um eine programmatische Erklärung, eine solche, die unsere Stellung präzisiert in Bezug auf das, was die Regierungskommission bisher an Verordnungen erlassen hat und welches unsere Wünsche für die Zukunft sind. Ich muss namens der sozialdemokratischen Fraktion erklären, dass wir erstaunt sind über den Mut der Regierungskommission, dass sie es gleich in der ersten Sitzung dazu kommen lässt, dass wir nicht in der Lage sind unsere Auffassung zu ihrer Politik auszudrücken. Ich kann wohl namens meiner Partei frei erklären, dass wir nicht allein über den Mut erstaunt, sondern, dass wir empört sind über diese Vergewaltigung, die ausgerechnet in der ersten Sitzung beginnt. Wir haben aus den Worten der Regierung entnommen, das was vorgelesen ist nennt sich ja wohl die Botschaft an die Bevölkerung und Mitglieder des



LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 I

9

Landesrates. Wenn das das loyale Entgegenkommen der Regierung ist, dann sehen wir kaum Mittel und Wege, um unsererseits mit der Regierungskommission zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zu kommen. Es wurde in der Botschaft gesagt . . . . . .

Vorsitzender:

Herr Abgeordneter Dr. Sender, Sie können wenn Sie zur Geschäftsordnung das Wort erhalten haben keine Rede zur Sache irgend eines Gegenstandes halten. Sie haben sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet und müssen sich somit auch auf eine Änderung zur Geschäftsordnung beschränken.

Dr. Sender ( Soz. ):

Ich glaube im Rahmen der Geschäftsordnung gesprochen zu haben, und dass ich in keiner Weise durch den Herrn Präsidenten des Landesrates gehindert werden kann fortzufahren. (Zuruf: sehr richtig!) Ich muss für mich und namens meiner Partei erklären, dass wir darin nicht das herzliche Willkommen sehen, von dem gesprochen worden ist.

Vorsitzender:

Ich bin nicht in der Lage, Ihnen das Wort noch weiter zu belassen, wenn Sie sich nicht auf das beschränken was zur Geschäftsordnung gehört.

Dr. Sender:

Wir haben noch keine Geschäftsordnung. Wir glauben, dass auch ausserhalb der Geschäftsordnung . . . . ich halte mich nunmehr streng an die Mahnung des Herrn Präsidenten. Ich verweise darauf, dass die Verordnung der Regierungskommission bezüglich der Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses . . .

Vorsitzender: ( den Redner unterbrechend)

Ich muss Sie nochmals bitten, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Den Bemerkungen des Herrn Dr. Sender gegenüber weise ich darauf hin, dass wir eine provisorische Geschäftsordnung haben; solange wir eine endgültige Geschäftsordnung nicht besitzen, habe ich mich als Leiter dieser Versammlung an die Richtlinien zu halten, die in dem Geschäftsordnungsentwurf zum Ausdruck kommen. Es ist deshalb keine Willkür von mir, wenn ich so vorgehe wie es geschieht.

Dr. Sender (Soz.):

Ich nehme Bezug auf Artikel 8 der Verordnung der selbst nicht die Abgabe von programmatischen Erklärungen verbietet. Wir entnehmen aus Absatz 1 des Artikel 8, dass es sich um Gegenstände der Beratung handeln muss, die auf der Tagesordnung stehen. Wir sind aber heute zum erstenmal im Saargebiet zusammengekommen und wir glauben, dass es durchaus dem Artikel nicht widerspreche, denn um einen Gegenstand über den beraten werden soll, handelt es sich nicht. Es handelt sich im Absatz 2 des Artikels 8 vielmehr darum, dass die Regierung lediglich ankündigt, Verhandlungen, Anträge und Entschliessungen, die den



LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Friedensvertrag oder den durch ihn oder die Verordnung der Regierung geschaffenen Rechtszustand im Saargebiet betreffen, für nichtig zu erklären. Es handelt sich bei der Abgabe von programmatischen Erklärungen durchaus nicht um Erörterungen, die innerhalb des Landesrates geführt werden sollen. Es handelt sich weiter nicht um einen Antrag und nicht um eine Entschliessung. Ich verlange namens meiner Fraktion, dass derartige Erklärungen sogar Anträge und dergleichen gestellt werden können. Die Ungültigkeitserklärung könne dann durch einen nachfolgenden Beschluss der Regierungskommission erfolgen. Es kann auch im vorliegenden Falle der Regierungskommission überlassen bleiben, wenn es ihr beliebt, und wenn sie will, durch besonderen Beschluss die Ungültigkeitserklärung zu verleihen. Es dürfte ein Irrtum des Herrn Präsidenten sein, wenn er der Auffassung ist, die sozialdemokratische Fraktion wolle die Botschaft der Regierungskommission einer Erörterung unterziehen. Ich darf daher namens der sozialdemokratischen Fraktion verlangen, dass wir, - da wir absichtlich diese Stellungnahme unterlassen wollen, zu unserer Erklärung das Wort nehmen können. Wir wollen nur dasselbe, was die Regierung getan hat. ( Sehr richtig!). Wir haben genau denselben Wunsch, zu erklären, in welcher Weise wir zu der bisherigen Politik stehen. Ich stelle namens meiner Fraktion den Antrag, angesichts der entstandenen Schwierigkeiten die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen. Ich bitte über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Vorsitzender:

Herr Abgeordneter Dr. Sender, Sie haben weit mehr ausgeführt, als in den Rahmen einer Geschäftsordnungsbesprechung hineingehört. Ich habe trotzdem Ihre Ausführungen zugelassen, um damit die weitgehendste loyale Durchführung der Geschäftsordnung zu gewährleisten und weil ich glaubte, auf diese Weise zu einer Klärung der Streitfrage beitragen zu können. Die Regierungskommission glaubt, sich bei ihren Massnahmen streng an dasjenige halten zu müssen, was der Friedensvertrag von Versailles bestimmt und was seinen Niederschlag in der Verordnung vom 24. März 1922 gefunden hat, durch die der Landesrat geschaffen worden ist. In der heutigen Botschaft der Regierungskommission sind noch einmal die Aufgaben des Landesrates hervorgehoben. Es ist betont, dass der Landesrat gemäss dem Friedensvertrag lediglich Gutachten zu Gesetzentwürfen abzugeben hat, die die Abänderung von bestehenden Gesetzen betreffen, ferner Gutachten bei Schaffung von neuen Steuern. Die Regierungskommission würde nach ihrer Ansicht gegen ihre Rechte und Befugnisse verstossen, wenn sie dem Landesrat, so wie Sie es wünschen, eine Tätigkeit über den Rahmen hinaus einräumen wollte. ( Zuruf aus der sozialdemokratischen Partei: Wir sind doch keine Kinderschule!) Als Vorsitzender des Landesrates habe ich die Pflicht, (Zuruf: Leider!) diesen Standpunkt der Regierungskommission angesichts des entstandenen Streites zu vertreten.

Herr Abg. Schmelzer hat ebenfalls um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten.

Schmelzer

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4

Schmelzer ( Lib.Volksp.):

Die Regierungskommission verweigert uns hier die Abgabe einer Erklärung zu ihrer sogenannten Botschaft. Sie sagt darin, sie wolle dem Landesrat freie Meinungsäusserung gewähren. Wer sie aber in der Weise beraten hat, uns hier mundtot zu machen, der hat der Regierung einen üblen Dienst erwiesen, wenn der Gedanke nicht von ihr selbst ausgegangen ist. Die Liberale Fraktion des Landesrates protestiert gegen diesen Versuch und wir erklären der Regierungskommission, dass der Versuch auf dieses Lokal beschränkt bleiben wird. Wir werden Mittel und Wege finden, unsere Erklärung der Bevölkerung bekannt zu machen. Wenn die Regierungskommission die Erklärung meiner Partei liest, wird sie sehen, wie töricht sie gehandelt hat, wenn sie sich gegen uns stellt. Wir haben zum Schlusse unserer Erklärung zum Ausdruck gebracht, dass wir die Worte der Regierung heute vormittag gehört haben, und dass wir erwarten, dass diesen Worten auch Taten folgen. Die Taten sehen wir hier und werden unser Verhalten hiernach einrichten.

Helfgen ( Komm.Partei):

Ich protestiere im Namen der kommunistischen Fraktion aufs schärfste gegen eine derartige Handlung. Wenn die Regierung glaubt, durch diese Richtlinien die Vertreter der Arbeiterklasse schon von vornherein mundtot zu machen und sie zum Spielball ihrer Launen gebrauchen zu können, so hat sie sich sehr getäuscht. Die Haltung der Regierungskommission zeigt, dass darin schon ein neuer Schlag gegen die Arbeiterklasse geführt wird. Wir haben als Partei unbedingt Stellung zu nehmen und unsere Erklärung abzugeben und man wird uns nicht verbieten können eine Erklärung zu ihrer Regierungsweise kunzutun. Wir geben weiter die Erklärung ab, falls es der Herr Präsident nicht zulässt, diese Erklärung hier abzugeben können, werden wir Mittel und Wege finden, um sie unter das Volk und die Arbeiterklasse gelangen zu lassen und die Regierungskommission wird am deutlichsten merken, dass die Arbeiterschaft in flammender Entrüstung über sie das Urteil spricht, das sie längst verdient hat. Die Regierungskommission ist der Handlanger der internationalen Ausbeuter . . . .

Vorsitzender:

Ich bitte Sie zur Geschäftsordnung zu sprechen, denn nur dazu haben Sie das Wort.

Helfgen ( Kom.):

Ich weiss, wenn ein Volksvertreter sprechen will, will man ihn mundtot machen.

Vorsitzender:

Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Helfgen sehe ich mich veranlasst, einige Bemerkungen zu machen. Ich weise den Vorwurf, dass ein Volksvertreter hier mundtot gemacht werde, entschieden zurück. Es handelt sich hier keineswegs um die Absicht, die

<u>Rechte</u>

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Rechte der Arbeiterschaft oder sonst eines Standes zu beeinträchtigen, sondern lediglich darum, unsere Verhandlungen so zu führen, wie sie nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften geführt werden müssen. Den Vorwurf, die Regierung habe sich an die Seite der internationalen Ausbeuter gestellt, muss ich ebenfalls zurückweisen.

Herr Abgeordneter Dr. Scheuer hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Scheuer ( Dem. Partei):

Auch ich habe beabsichtigt, namens der demokratischen Partei eine programmatische Erklärung abzugeben, zurückschauend auf die bisherige Tätigkeit der Regierungskommission und vorschauend in die Zukunft. Ich bedauere sehr, dass ich durch die Erklärung der Regierungskommission hier an dieser Stelle eine Erklärung nicht abgeben kann. Es ist selbstverständlich, dass die Erklärung doch an die Bevölkerung und in die Welt hinaus geht. Wenn das der Geist ist, in dem die Regierungskommission in der Zukunft regieren will, dann widerspricht das sehr dem am Schlusse der Botschaft verkündeten Geist der Wiederversöhnung. Es widerspricht ferner der loyalen Art und Weise, in der die Geschäftsordnung bezw. die Verordnung ausgelegt werden soll. Es kann nicht verkannt werden, dass bisher eine tiefe Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung bestand. Der Landesrat wäre vielleicht ein Mittel gewesen diese Kluft zu überbrücken. Es ist nun von vorneherein möglich gemacht worden, dass diese Kluft überbrückt wird.

Ich schliesse mich dem Antrage des Herrn Dr. Sender um Vertagung der Sitzung um eine halbe Stunde an.

Vorsitzender:

Herr Abg. Schmoll hat das Wort.

Schmoll ( Ver. f. Hausbes. u. Landwirtschaft):

Ich habe es als ganz selbstverständlich betrachtet, dass nach einer solchen Kundgebung die einzelnen Parteien das Wort bekommen, und meine Partei hat besonders das Bedürfnis gehabt, klarzulegen, was sie ist und was sie will. Dies ist nun nicht möglich und zwar nicht durch Schuld der Parteien, sondern durch Schuld der Regierung. Die Verantwortung trägt die Regierung. Es wird nicht leicht möglich sein, diesen ersten Zwiespalt zu überbrücken. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass dies doch noch gelingen wird, und vielleicht noch einmal ein verständiges Wort gesprochen werden kann.

Vorsitzender:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Reinhard.

Reinhard: ( Kom. Partei)

Ich glaube es hat gar keinen Zweck, dass

wir

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4
1

wir uns noch stundenlang mit der Geschäftsordnung herumstreiten. Ich stelle den Antrag, der Landesrat möge beschliessen, dass diese Erklärungen abgegeben werden können. Wenn man uns das nicht zutraut, dass wir hier sprechen können, hätte man uns dies schon gleich sagen sollen, man verhandelt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es sieht aus, als wenn wir Sittlichkeitsverbrecher wären.

Vorsitzender:

Ihre Bemerkung ist deplaziert. Sie können versichert sein, dass Sie zu allen Fragen, die zu den Geschäften des Landesrates gehören und auf der Tagesordnung stehen, auch ausreichend zu Worte kommen.

Herr Abg. Petry hat das Wort.

Petry ( Soz.):

Ich halte es für vollständig falsch, dass der Präsident des Landesrates uns hier Instruktionen vorträgt, die er von der Regierungskommission bekommen hat. Der Entwurf einer Geschäftsordnung liegt noch nicht vor, und schon will man eine Geschäftsordnung gegen den Landesrat anwenden. Das verstösst gegen die elementarsten parlamentarischen Rechte. Wenn es der Regierungskommission beliebt, hier eine Erklärung oder eine Botschaft herauszugeben, so dürfte sie nicht so kleinlich sein, auch das entgegenzunehmen, was wir zu sagen haben. Ich war heute morgen wirklich angenehm berührt von dem liberalen Ton, den die Regierungskommission angeschlagen hat und war nicht darauf gefasst, dass wir auf derartigen Widerstand stossen würden. Man betrachtet uns nicht als ausgewachsene Menschen, sondern im höchsten Falle als eine Kleinkinderschule. Ich kann nur aufs tiefste bedauern, wenn der Herr Vorsitzende sich dafürhergibt, einer derartigen Instruktion Folge zu leisten und uns das Wort abschneiden will. Ich bin unbedingt dafür, wenn das jetzt nicht sein kann, ehe wir in die Pause eintreten abstimmen zu lassen, ob die Abgeordneten dafür sind, dass diese Erklärungen abgegeben werden. Andernfalls stimme ich dem Antrage Sender zu, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen.

Vorsitzender:

Ich muss auch dem Herrn Abgeordneten Petry sagen, dass ich aus den wiederholt dargelegten Gründen nicht in der Lage bin auf seinen Antrag einzugehen.

Der Herr Abg. Kiefer hat das Wort zur Geschäftsordnung .

Kiefer ( Z.):

Auf eine förmliche Anrede gehört auch eine förmliche Antwort, so ist es doch unter höflichen Menschen Sitte. Man hat uns heute morgen förmlich angeredet, die Gelegenheit zu einer Antwort wurde uns nicht gegeben. Hier werden wir wieder durch den Präsidenten des Landesrates angeredet, eine Antwort wird uns wieder unterbunden. Es ist keineswegs ein Beweis der Loyalität, die die Regierung in ihrer Botschaft glaubt zum Ausdruck bringen zu müssen, wenn man hier den Parteien programmatische Erklärungen unmöglich macht. Gegen eine weitere Beschneidung der an sich schon sehr kargen Rechte der Bevölkerung müssen wir auf das entschiedenste protestieren.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4

Protestieren. Unsere Antwort wird trotzdem auf gut deutsch und in aller Öffentlichkeit erfolgen. Es wäre klüger gewesen, wenn die Regierungskommission die Antwort der Parteien hier gestattet hätte. Dieser Vorgang heute ist ein schlechtes Omen für die zukünftige Arbeit des Landesrates. Die Bevölkerung hat schon sehr viele Enttäuschungen erlitten und ist ihr heute eine weitere Enttäuschung zugefügt worden. Ich glaube kaum, dass es eine parlamentarische Körperschaft gibt, wo sich derartiges abspielt wie hier. Es wird immer gesagt, eine bestimmte Nation sei die höflichste, und wenn hier einmal die Gewählten der Bevölkerung sprechen wollen, werden sie mit einer Unhöflichkeit behandelt, die die Bevölkerung nicht verstehen wird. Ich bin weiter der Meinung, dass es das Beste wäre, wenn sich der Herr Präsident sofort mit der Regierungskommission ins Benehmen setzt, damit sich die Regierungskommission äussern kann, und wir nachher eine weitere Stellungnahme äussern können.

Vorsitzender:

Herr Abg. Dr. Sender hat das Wort.

Dr. Sender ( Soz.)

Ich lege Wert darauf, von vornherein zu betonen, dass wir in unserer Erklärung unter gewissen Bedingungen unsere Mitarbeit mit der Regierungskommission zugesagt hatten. Wir sind der Auffassung, dass die Regierungskommission eine nicht zu verstehende Angst davor hat, was in den Erklärungen stehen könne. Gegenüber der Auffassung des Herrn Präsidenten stelle ich fest, dass der Friedensvertrag auch nicht durch ein einziges Wort durch das, was wir durch unser Verlangen hier vorgetragen haben, verletzt worden ist. In dem Vertrag steht, dass die gewählten Vertreter gehört werden zu denjenigen Entwürfen, die ihnen vorgelegt werden. Es handelt sich durchaus nicht um die Bestimmungen des Friedensvertrages auf die sich der Herr Präsident berufen hat. Es handelt sich hier um einen Vorgang von noch nie dagewesener Art, weil eben der Landesrat auch noch nie dagewesen ist. Der Friedensvertrag ist nicht verletzt worden, wir haben auch nicht vor den Friedensvertrag zu verletzen. Wir haben mehrfach betont, dass wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Das Verbot der Regierungskommission wird in keiner Weise gedeckt durch das was sie selbst in der Verfügung erlassen hat. Wir haben unsere Auffassung zu der bisherigen und zu der zukünftigen Politik vorzutragen.

Vorsitzender:

Herr Abgeordneter Dr. Sender, die Tagesordnung sieht die Abgabe Ihrer Erklärungen nicht vor, infolgedessen können sie auch nicht zugelassen werden.

Dr. Sender ( Soz.):

Dies ist kein Antrag und auch keine Entschliessung, und wenn es eine solche wäre, wir haben das Recht zu fordern, dass wir die Befugnis erhalten, unsere Erklärungen zu verlesen. Meiner Auffassung nach ist es ein Irrtum der Regierungskommission, wenn sie glaubt, dass der Friedensvertrag verletzt worden wäre, wenn wir vorgehabt hätten, zu dieser Verordnung Stellung zu nehmen. Wir haben- dies stelle ich namens meiner Fraktion ausdrücklich fest - nicht vor, zu der ergangenen Botschaft

<u>Stellung</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Stellung zu nehmen. Wir wünschen heute keine Kritik, wir wollen nur das aussprechen, was die Regierungskommission getan hat. Ich stelle weiter ausdrücklich fest, dass wir heute vor einem Vorgehen der Regierungskommission stehen, das ein unerhörtes ist, dass wir eine gewisse Scham und Entwürdigung empfinden müssen, wenn wir uns dieser Behandlungsweise unterwerfen. Deshalb stehe ich nicht an, noch einmal in letzter Stunde-und es ist die letzte Stunde-zu sagen, dass die Regierungskommission sich überlegen möge, ob sie dem Affront auch noch die Beleidung der gewählten Landesratsvertreter hinzufügen will,

Ich erlaube mir daher in Vorschlag zu bringen, In Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen wir nicht gerechnet und auf die wir nicht eingerichtet waren, dass der Herr Präsident und der anwesende Staatskommissar Dr. Maurer sich mit der Regierungskommission nochmals ins Benehmen setzen um sich Instruktion geben zu lassen und sie von der zum Ausdruck gekommenen Stellungnahme sämtlicher Parteien in Kenntnis zu setzen, und dass die Stunde, während der sich der Landesrat zurückziehen werde, ausgenutzt werden könne zu einer Besprechung mit der Regierungskommission.

Vorsitzender:

Herr Abgeordneter Dr. Sender, Sie haben die Frage aufgeworden, ob der Standpunkt der Regierung, der hier zur Anwendung kommt, mit dem Friedensvertrag zu vereinbaren ist oder nicht. Wenn eine Streitfrage über die Auslegung des Friedensvertrages auftritt, so hat der Friedensvertrag selbst wiederum gesagt, wer die Streitfrage zu entscheiden hat. Der Regierungskommission ist das Recht zuerkannt, eine solche Entscheidung zu treffen. In dem vorliegenden Falle ist die Entscheidung durch die Stellungnahme der Regierung wohl als gegeben anzusehen.

Vorsitzender: Herr Abg. Röchling hat das Wort.

Röchling ( Lib. Volkspartei.):

Wir haben bisher nicht geglaubt, dass die Politik, die hier getrieben wird, sehr klug wäre. Aber dass sie so wenig mit den Imponderabilien, mit denen eine Bevölkerung rechnet, und so wenig einer allgemeinen menschlichen Auffassung über das was Volksrechte sind gerecht werde, hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich muss sagen, dass die Haltung der Regierung auch nach meiner Kenntnis nicht übereinstimmt mit den Auffassungen, die im Völkerbundsrat über das Mass von Freiheiten, die uns gegeben werden sollen, herrschen. Man hat uns in Genf gesagt: wir wollen Euch das Maximum dessen an Freiheiten geben, dass mit dem Vertrage von Versailles, Friedensvertrag kann man es nicht nennen, vereinbar ist. Es kann für uns alle, auch für die ganze Öffentlichkeit in der gesamten Kulturwelt keinem Zweifel unterliegen, dass eine Methode, die nur dazu führen soll, die Bevölkerung mundtot zu machen, nicht den geringsten Erfolg verspricht, vor allen Dingen, dass eine Verständigung zwischen dem Landesrat und der Regierungskommission fast unmöglich gemacht wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Regierungskommission sich über diese Tragweite im Klaren war, und ich erkläre namens meiner Fraktion, dass wir den Antrag des Abgeordneten Dr. Sender unterstützen, die



LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

Sitzung auf eine halbe Stunde oder eine Stunde zu vertagen, um dem Herrn Präsidenten Gelegenheit zu geben, die Regierungskommission nochmals zu fragen, ob sie sie diesen Affront aufrecht erhalten will. Will sie dies, dann wissen wir, dass sie endgültig von einem Weg nicht abweichen will, der notwendigerweise zu den grössten Kämpfen und Schwierigkeiten führen muss.

Vorsitzender:

Herr Abg. Röchling, Sie haben geglaubt, zwischen der Auffassung des Völkerbundsrates und der Regierungskommission einen Widerspruch feststellen zu können. Demgegenüber kann darauf hingewiesen werden, dass ein derartiger Fall bisher nicht bekannt geworden ist. Ein solcher Fall dürfte auch von Ihnen, Herr Abgeordneter wohl kaum nachzuweisen sein. Ich muss deshalb den Vorwurf, der darin liegt, dass die Regierungskommission sich durch ihre Massnahmen in Widerspruch zum Völkerbundsrat setze, zurückweisen. (Zuruf: Wir haben nichts gehört!).

Herr Abg. Karius hat das Wort.

Karius ( Z.):

Ich bin dafür, dass wir uns bald diesbezüglich mit den Fraktionsführern beraten, wie wir uns verhalten. Die ganze Welt schaut heute auf das, was der Völkerbund geschaffen hat. Wir lehnen die Verantwortung ab, wenn keine Verständigung erfolgt. Zwischen den Vertretern des Völkerbundes und des Vertretern des Volkes liegt anscheinend eine Welt verschiedener Anschauungen. Ich will mich kurz fassen. Die Geschichte wird über die heutige Sitzung urteilen und feststellen, dass wir schuldlos sind und gerechtfertigt aus dem Streit hervorgehen.

Vorsitzender:

Ich bitte, sich dazu zu äussern, wie Sie sich zu dem Vorschlage einzelner Herren, die Sitzung zum Zwecke einer Besprechung mit der Regierung zu vertagen, stellen.

Schmoll ( Ver.f.Hausbes.& Landwirtschaft):

Ich kann die Bemerkung, die seitens der Abg. Dr. Sender gegen uns gefallen ist, nicht unwidersprochen lassen. Herr Rechtsanwalt Dr. Sender hat von den sogenannten" Deutschen Parteien" gesprochen. Ich lege grossen Wert darauf, an dieser Stelle festzustellen, dass wir ebenso gut eine deutsche Partei sind wie die übrigen.

Schmelzer ( Lib. Volksp.):

Der Herr Präsident hat uns bestätigt, dass wir zu den Gegenständen der Tagesordnung sprechen dürfen. Ich stelle fest, dass sich die Regierungskommission über ihre eigene Verordnung nicht klar ist. Das mag mit den vielen fremdländischen Beamten zusammenhängen, die ihre Geschäfte besorgen. Mir sagte einmal ein Franzose: "Ihr Deutschen seid merkwürdige Menschen, Ihr handelt genau nach dem Wort das geschrieben steht, wir würdigen mehr den Geist." Aber auch der Geist scheint von den wenigsten

richtig

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 1

richtig erfasst zu werden. Ich nehme als selbstverständlich an, dass bei der Regierungskommission angefragt wird, ob sie uns gestattet, über einen Punkt der Tagesordnung zu sprechen oder nicht. Wenn sie die Absicht hatte, derartig vorzugehen, dann hätte sie uns von dieser vorher Kenntnis geben müssen. Wir hätten dann darauf verzichtet die Botschaft entgegenzunehmen. Wir stimmen dem Antrag, dass die Regierungskommission befragt wird, zu und erweitern denselben dahin, dass wir die Regierungskommission bitten, künftighin einen Vertreter zu entsenden, der mit grösseren Machtbefugnissen ausgestattet ist, als der anwesende es zu sein scheint.

Vorsitzender:

Herr Abg. Hoffmann hat das Wort.

Hoffmann (Soz.):

Ich möchte nicht lange ausführen. Wir haben bis jetzt die Regierungskommission noch garnicht gehört. Wir hören immer nur den Präsidenten des Landesrates, der doch unser Vertreter sein soll, der aber anscheinend der Vertreter der Regierung ist. In der Person des Herrn Dr. Maurer ist doch ein Vertreter der Regierung hier. Wir haben bisher merkwürdigerweise noch garnichts von ihm gehört. Er möge sich doch auch einmal äussern.

Dr. Maurer, Staatskommissar,:

Aus Ihrer Mitte ist der Antrag gestellt worden, die Sitzung auf eine halbe Stunde oder eine Stunde zu vertagen. Ich bitte den Herrn Präsidenten über den Vorschlag abstimmen zu lassen, das Weitere wird sich dann finden. (Zuruf: Ist das die Meinung der Regierungskommission?) Weitere Befugnisse kann ich nicht ausüben.

Vorsitzender:

Ich weise darauf hin, dass es notwendig wird, die Rednerliste zu diesem Punkte der Besprechung zu schliessen.

Schmidt ( Z.):

Ich möchte nichts Altes sagen. Ich möchte nur auf einen Punkt aufmerksam machen, der nicht berührt worden ist. Es wird den ganzen Mittag geredet über eine Geschäftsordnung, die das Haus garnicht kennt. Wir müssen diese Geschäftsordnung kennen. Es wäre jedenfalls die Pflicht der Regierungskommission gewesen, uns diese Geschäftsordnung vor der Sitzung mitzuteilen und dann hätten wir sagen können, ob wir überhaupt tagen können nach dieser Geschäftsordnung. Um diesem Übel abzuhelfen, beantrage ich, die Sitzung nicht nur auf eine halbe Stunde oder eine Stunde, sondern auf morgen zu vertagen, inzwischen soll uns die Regierungskommission die Geschäftsordnung zugängig machen, und vielleicht ist es dann doch möglich, dass morgen, um einen Affront zu vermeiden, uns die Fortsetzung der Sitzung ermöglicht wird.

Dr. Sender ( Soz.)

Wir sind auch damit einverstanden, dass die

<u>Sitzung</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

Sitzung bis morgen vertagt wird. Wir glauben aber nicht, dass es bis morgen möglich sein wird, über die Geschäftsordnung zu beraten, denn das ist ein grösseres Werk, und die Beratung bedarf einer längeren Zeit. Ich erkläre aber namens meiner Partei, dass wir eine erneute Besprechung mit dem Vorsitzenden ablehnen, weil das was wir zur Kenntnis gegeben haben unsere Stellungnahme ist und bleibt. Sie ist unerschütterlich und kann nicht geändert werden.

Reinhardt:

Es ist hier jetzt Debatte geführt worden darüber, dass wir keine Geschäftsordnung hätten. Es wurde gesagt, dass uns die Regierung eine Geschäftsordnung zusenden solle, ich protestiere namens meiner Fraktion dagegen. Der Landesrat kann seine Geschäftsordnung selbst festlegen. Es berührt mich sonderbar, dass unser Präsident Kossmann heute hier den Friedensvertrag noch schärfer verteidigt, als es selbst die Franzosen tun. Wenn der Abgeordnete Dr. Sender aufgrund der Verordnung klargelegt hat, dass das, was die Parteien jetzt tun wollen, absolut nicht im Widerspruch mit dem Friedensvertrag steht, so erkläre ich namens meiner Fraktion, dass wir den Friedensvertrag, der nur ein Fetzen Papier ist, nicht anerkennen. Ich muss deshalb von unserem Präsidenten verlangen . .

Vorsitzender:

Ich mache den Herrn Abg. Reinhard darauf aufmerksam, dass es nicht angängig ist, den Friedensvertrag als einen Fetzen Papier zu bezeichnen.

Reinhard (Komm.):

Und er ist doch ein Fetzen Papier. Der Abg. Dr. Sender hat wortgetreu nachgewiesen, so wie es in der Verordnung steht, dass das, was die Parteien verlangen nicht in Widerspruch mit dem Friedensvertrag steht. Es kann nur ein Irrtum des Herrn Präsidenten sein, wenn er . nicht zulässt, dass hier Erklärungen abgegeben werden. Die Abgeordneten selbst sollen hierüber entscheiden, ob die Erörterungen im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehen.

Vorsitzender:

Es ist von mir weder ein Irrtum noch eine Willkür, wenn ich die von den Herren Abgeordneten gewünschte Abgabe ihrer programmatischen Erklärungen nicht zulasse. Ich habe vielleicht früher als mancher von Ihnen Verständnis gehabt für die Freiheiten einer parlamentarischen Versammlung. Ich bin aber in den Parlamenten, denen ich angehörte, gelehrt worden, dass man sich auch bei den parlamentarischen Debatten an das halten muss, was die gesetzlichen Bestimmungen zulassen. Ich bin nicht in der Lage, mich ausserhalb der für unsere Verhandlungen massgebenden Bestimmungen zu stellen, und ich bitte Sie, nichts von mir zu verlangen, was ich nicht geben kann. Auch die Regierungskommission glaubt, dass sie nicht über die Befugnisse hinausgehen kann, die durch das für sie massgebende Gesetz gegeben sind. Ich weiss, dass ich mir in Ausübung des Amtes, das mir übertragen ist, manche Kritik Ihrerseits zuziehen werde (Zuruf seitens der Kommunisten: Das ist ein Mitglied der Zen-

<u>trumspartei</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4
1

Zentrumspartei!) Auf diesen Zuruf muss ich eingehen. Ich stehe hier nicht als Mitglied der Zentrumspartei. Die Zentrumspartei hat mit meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Landesrates nicht das mindeste zu tun. Sie ist mir gegenüber vollständig unabgängig, wie auch ich volle Unabhängigkeit der Partei gegenüber habe. Die Zentrumspartei hat ihren diesbezüglichen Standpunkt unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Diesen Standpunkt heisse ich gut und respektiere ihn. (Zuruf: Sie sind von der Regierungskommission ernannt!) Dieser Zuruf ist richtig. Nach der Verordnung vom 24. März 1922 musste ein Vorsitzender ernannt werden. Eine Wahl ist nach dieser Verordnung nicht zulässig. Wenn ich mich dazu bereit gefunden habe, eine Ernennung anzunehmen, so habe ich das lediglich im Interesse der Sache getan. Ich habe den schwierigsten Posten übernommen, weil ich geglaubt habe, meiner Heimat, dem Saargebiet, dadurch einen Dienst erweisen zu können. Glauben Sie mir sicher, niemand hätte sich weniger darüber gegrämt als ich, wenn anstatt der Ernennung des Vorsitzenden eine Wahl durch den Landesrat hätte vorgenommen werden können. Die Meinungen mögen heute noch so scharf aufeinander platzen, ich gebe die Hoffnung doch nicht auf, dass wir mit der Zeit zu einer ruhigen praktischen Arbeit, zum Besten unserer Saarheimat, gelangen.

Dr. Sender ( Soz.):

Ich schlage vor, die Sitzung nunmehr zu vertagen.

Vorsitzender:

Meinerseits steht dem nichts im Wege. Während der Pause werden der Herr Staatskommissar und ich Gelegenheit nehmen, uns mit der Regierungskommission ins Benehmen zu setzen. Wir werden der Regierungskommission Ihren Wunsch auf Abgabe Ihrer Erklärungen vortragen. Das Ergebnis wird den Vertretern der einzelnen Fraktionen sofort mitgeteilt. Ich hoffe, dass eine Übereinstimmung der Meinungen zustande kommt, und wir dann unsere Beratung fortsetzen können.

Die Sitzung ist hiermit auf eine halbe Stunde vertagt.

Schluss der Sitzung 4 3/4 Uhr.

---

Der Vorsitzende und der Staatskommissar treten mit der Regierung in Verbindung, danach findet eine Besprechung des Vorsitzenden mit den Führern der einzelnen Parteien statt.

---

Wiedereröffnung der Sitzung

6 Uhr.

Vorsitzender:

Ich eröffne die vorhin vertagte Sitzung und bin in der Lage, Ihnen nach den Beratungen, dieder Herr

Staatskommissar

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 I

Staatskommissar Dr. Maurer mit der Regierungskommission hatte, folgendes Ergebnis mitteilen zu können.

Die Regierungskommission sieht sich nicht veranlasst von ihrem Standpunkt, den sie hinsichtlich der Zulassung von Besprechungen, die nicht auf der Tagesordnung der Sitzungen des Landesrates stehen, eingenommen hat, grundsätzlich abzugehen. Sie will jedoch, um den Mitgliedern des Landesrates Entgegenkommen zu zeigen, in loyaler Weise damit einverstanden sein, dass Sie heute, an Ihrem ersten Sitzungstage, an dem Sie glauben besondere Pflichten Ihren Wahlen gegenüber erfüllen zu müssen, die von den Fraktionen festgelegten programmatischen Erklärungen zur Verlesung bringen können. An diese Verlesung soll sich jedoch keine Besprechung anschliessen. Die Regierungskommission betont ausdrücklich, dass sie ihr Entgegenkommen nicht als einen Präzedenzfall für die Zukunft angesehen haben will. Unter dieser Bedingung können die erwähnten Erklärungen nunmehr abgegeben werden. Die Führer der einzelnen Parteien haben in der soeben stattgefundenen Besprechung sich hiermit einverstanden erklärt, sodass wir nunmehr in unseren Verhandlungen fortfahren können. Ich bitte die Herren Abgeordneten, sich zur Abgabe Ihrer Erklärungen zum Wort zu melden.

Levacher ( Z.):

Ich erkläre namens meiner Partei, dass wir von vornherein eine Debatte garnicht beabsichtigt hatten und dementsprechend mit dem Schritt der Regierungskommission einverstanden sein können. Ich habe seitens meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

" Die Zentrumsfraktion ist nach den Grundsätzen und der Vergangenheit ihrer Partei eine Fraktion der positiven Mitarbeit. Sie erklärt daher ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, mit der Regierungskommission zum Wohle der Saarbevölkerung zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, dass die Regierungskommission die ihr vom Völkerbund vorgezeichnete Aufgabe:

" weder eine andere Pflicht, noch ein anderes Interesse als die Wohlfahrt des Saargebietes zu kennen, "

in streng loyaler Weise erfüllt.

Die soeben verlesene Botschaft hat uns trotz ihrer verbindlichen Form enttäuscht. Das einzige Positive ist das nochmalige scharfe Hervorheben der Tatsache, dass der Tätigkeit des Landesrates äusserst enge Grenzen gezogen sind, die es ihm möglich machen, zum Wohle der Saarbevölkerung zu arbeiten. Die Fraktion erwartet von der Regierung, dass sie sich für eine baldige Abänderung der Verordnung über die Bildung des Landesrates vom 24. März 1922 beim Völkerbundsrat einsetzt, da diese Verordnung unsere politischen Rechte stärker einschränkt, als es nach dem Vertrag von Versailles zulässig ist.

Wir verlangen vor allem das Recht der Interpellation, der Beschwerde, der Initiativanträge und die Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Wir verlangen weiter, dass die Tagesordnung nur mit unserem Einverständnis festgelegt wird.

Gegen die Ernennung des Präsidenten des Landesrates durch die Regierungskommission protestieren wir entschieden

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 I

entschieden. Wir erkennen darin einen Verstoss gegen die elementarsten Rechte der Volksvertretung. Mag der Ernannte unserer Partei auch angehören, so erblicken wir in ihm nur den von der Regierungskommission ernannten Beamten und behalten uns ihm gegenüber vollständig freie Hand vor. Den schärfsten Einspruch aber müssen wir erheben, gegen den Artikel 4 der Regierungsverordnung, weil er die nicht im Saargebiet geborenen Abstimmungsberechtigten Saardeutschen von der Wählbarkeit ausschliesst. Der Vertrag von Versailles macht mit einer einzigen, das saarländische Mitglied der Regierungskommission betreffenden Ausnahme, in rechtlicher Beziehung gar keinen Unterschied zwischen hier geboren und nicht hier geborenen Bewohnern des Saargebietes. Bei dieser Gelegenheit erklären wir feierlich, dass wir vollständig auf dem Boden der bisherigen Politik unserer Partei stehen, mögen ihre Führer dem hiesigen Gebiet entstammen oder nicht.

Wir billigen insbesondere die von unserer Partei in Gemeinschaft mit den anderen deutschen Parteien unternommenen Schritte beim Völkerbundsrate in Genf. Die von den politischen Parteien in Genf erhobenen Beschwerden werden von uns wiederholt und gestützt. Wir verlangen ausdrücklich ihre Abstellung. Die wesentlichsten dieser Beschwerden fordern:

Die Entfernung des französischen Militärs, Aufhebung der Saareinwohnerverordnung, die Beseitigung der französischen Schulen in ihrer gegenwärtigen Gestalt, Entfernung der fremdländischen Beamten aus der saarländischen Verwaltung, kurz das völlige Aufgeben der bisherigen Französierungspolitik.

Die Fraktion erwartet, dass dem christlichen Volksteile seine religiös-kulturellen Güter unangetastet bleiben, und dass allen die Gewissensfreiheit in jeder Hinsicht gewahrt bleibt.

Sodann verlangt die Fraktion eine ausreichende Unterstützung der Rentenempfänger aller Art und der sonstigen notleidenden Bevölkerung, Übernahme der deutschen sozial-und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung, die soziale Ausgestaltung des Steuerwesens und die Beseitung des Zentral-Wohnungsamtes. Im übrigen gelten für uns die Richtlinien der Zentrumspartei, die in dem Programm am 11. Juni ds. Js. in der Zentrumspresse veröffentlicht wurden.

Wenn auch die Fraktion auf dem Boden der durch den Vertrag von Versailles vorläufig geschaffenen Tatsache steht, so fühlt sie sich doch aufgrund des nationalen Gemeinschaftsgefühles und der geschichtlichen Vergangenheit des Saargebietes und Saarvolkes als Glied von Deutschland. Daher wird ihr neben der Wahrung der kulturellen Güter die Pflege deutscher Sitte und Kultur, sowie die Erhaltung der Verbindung mit dem Mutterlande besonders angelegen sein.

Land und Leute an der Saar sind seit jeher deutsch. Auch der Versailler Vertrag kennt dies an; sie sollen es ewig bleiben! ( Zurufe: sehr richtig, bravo, bravo!)

orsitzender:

Herr Abg. Dr. Sender hat das Wort.

Dr. Sender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4

Dr. Sender ( Soz.):

Ich möchte das, was Herr Abg. Levacher als die Stellungnahme der Zentrumspartei abgegeben hat, dahin ergänzen, dass wir davon Kenntnis genommen haben, dass das heutige Entgegenkommen der Regierungskommission keinen Präzedenzfall für die Zukunft bilden soll. Auch wir erblicken in dem Gesagten für unsere Partei keinen Präzedenzfall für die Zukunft. Das was ich bezüglich Artikel 8 erklärt habe, betr. Zulassung von Beamten und Entschliessungen ist unsere Stellungnahme und es bleibt dabei.

Ich habe namens meiner Partei folgende Erklärungen abzugeben :

" Im Namen der sozialdemokratischen Partei, die alle körperlich und geistig Schaffenden zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus zusammenzufassen strebt, und die für die Selbstbestimmung der Völker im Rahmen eines gleichmässig geltenden internationalen Rechtes eintritt, erhebt die sozialdemokratische Fraktion in der Stunde des Zusammentritts des Landesrates feierlichen Protest gegen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Vergewaltigung, die die Bevölkerung des Saargebietes unter der gegenwärtig amtierenden Regierungskommission zu erdulden hat.

Wir sind bereit, auf dem Boden des Versailler Vertrages mitzuarbeiten, aber wir wehren uns dagegen dass das deutsche Saargebiet unter offenbarer Verletzung der wenigen Rechte, die ihm das Versailler Diktat gelassen hat, zu einem Objekt iperialistischer Machterweiterung des französischen Kapitalismus gemacht wird.

Wir protestieren dagegen, dass das uns im Versailler Vertrag garantierte deutsche Recht willkürlich abgeändert wird und fordern insbesondere die Einführung der deutschen sozialen Gesetzgebung und des Betriebsrätegesetzes.

Wir protestieren gegen die Verkümmerung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und fordern die Einführung der deutschen kommunalen Gesetzgebung.

Wir protestieren gegen die Französierungsbestrebungen in der Schulpolitik und dagegen, dass die massgebenden Beamten-und Richterstellen mit Ausländern besetzt sind, die zum Teil nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen.

Wir protestieren gegen die Abschnürung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftskörper und fordern von der Regierungskommission, sich für eine Änderung der Zollbestimmungen zu verwenden, weil diese zur Verelendung des Saargebietes führen.

Wir protestieren gegen die unsoziale Steuergesetzgebung und fordern unter Befreiung der wirtschaftliche Schwachen starke progressive steuerliche Erfassung der grossen Vermögen und Einkommen sowie wirksame Massnahmen gegen die anwachsende Teuerung.

Wir protestieren gegen die unerhörten Missstände im Wohnungswesen, die durch militärische Beschlagnahmung, offene Bevorzugung der französischen Bergverwaltung und der eingewanderten Ausländer geschaffen sind. Wir fordern eine

<u>soziale</u>

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4 1

soziale Wohnungspolitik, wirksame Massnahme gegen die Wohnungsnot und den um sich greifenden Wohnungswucher.

Wir protestieren gegen die Anwesenheit des französischen Militärs und fordern eine örtliche Gendarmerie wie der Versailler Vertrag sie vorsieht.

Wir protestieren gegen die rechtlich unbegründete Schaffung einer Saareinwohnerschaft, durch die politische Rechte zugezogenen Ausländern schon nach Jahresfrist verliehen werden, während altangesessenen deutschen Bewohnern des Saargebietes schon nach vorübergehender Anwesenheit ihr Heimatrecht genommen wird.

Wir protestieren gegen die willkürliche Beschneidung des Coalitions-und Vereinsrecht und fordern, dass jeder deutsche Staatsbürger jederzeit und ohne besondere Erlaubnis ins Saargebiet einreisen kann und keinen Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt.

Die sozialdemokratische Fraktion hält unerschütterlich fest an ihrem grundsätzlichen Protest gegen das von der Regierung durch ihre Verordnung vom 24. März 1922 in Gestalt des Landesrates geschaffene undemokratische Scheinparlament, durch das die kulturell hochstehende Saarbevölkerung auf das Niveau eines unzivilisierten Kolonialvolkes herabgedrückt wird.

Unsere grundsätzliche Forderung ist eine den modernen staatsrechtlichen Einrichtungen der deutschen Republik entsprechende demokratische Volksvertretung, kein blosses Begutachtungsorgan. Wir fordern parlamentarische Gesetzgebung und volles Budgetrecht.

Für den Landesrat fordern wir als selbstverständliche Rechte:

Der Landesrat bestimmt selbst Beginn und Ende seiner Tagungen, wählt selbst seinen Präsidenten und hat das Recht, Initiativanträge und Interpellationen einzureichen und zu behandeln.

Wir protestieren weiter gegen den Ausschluss der hier nicht geborenen Deutschen von der Wählbarkeit und fordern die Beseitung dieser Bestimmung, die einen grossen, seit Jahren und Jahrzehnten mit dem Schicksal des Saargebietes verwachsenen Teil der Bevölkerung politisch entrechtet.

Die sozialdemokratische Partei ist in den Landesrat hineingegangen um der Stimme des arbeitenden Volkes gegenüber dem autokratischen System an dieser offiziell dazu berufenen Stelle Gehör zu verschaffen.

Aus diesem System ist im offenen Gegensatz zum Volkswillen eine Anzahl Verordnungen entstanden, in denen die Bevölkerung eine entwürdigende Missachtung ihrer Staatsbürgerrechte erblickt. Die Sozialdemokratie erwartet deshalb von der Regierungskommission, dass sie alle bisher ergangenen Verordnungen dem Landesrat zur Nachprüfung vorlegt.

Grundsätzlich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Grundsätzlich protestieren wir gegen die Schaffung eines Studienausschusses als einer undemokratischen Institution, deren Zweck es sein soll, den Willensausdruck der gewählten Vertreter des Landesrates vor den Augen der Welt abzuschwächen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, dass in einem Gebiet von über 90 % Lohnarbeiterschaft die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Ausbeutungstendenzen des deutschen sowie des französischen Kapitals wirksam geschützt werden. Sie wertet zunächst die Handlungen der Regierung ab und kündet ihr bei Missachtung der erhobenen Forderungen und einseitiger kapitalistischer Klassenregierung schärfsten Kampf des Proletariats, dem die kapitalistische Wirtschaft überall zu einer geschichtlichen Notwendigkeit und sittlichen Forderung gemacht hat, ist doppelt notwendig in einem Gebiet, in dem sich kapitalistische Ausbeutung mit politischer Vergewaltigung durch Sachwalter eines fremden Kapitalismus paaren.

Unbedingte Voraussetzung für die Mitarbeit der Sozialdemokratie ist ferner, dass von der Regierungskommission jene Wege einer französischen Annexionspolitik verlassen werden, die bewusst darauf abzielt, das deutsche Saargebiet innerhalb 15 Jahren wirtschaftlich und kulturell für den Anschluss an Frankreich reif zu machen. Diese Annexionspolitik bekämpfen wir nach wie vor, in dem Bewusstsein, dass die kapitalistische Bedrückung eines nur sein Recht und seine Freiheit verlangenden Volkes die Gefahren neuer blutiger Konflikte heraufbeschwören muss, die zum völligen Zusammenbruch der europäischen Kultur führen würde. Die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder bitten wir, uns in internationaler Solidarität in unserem Kampf zu unterstützen. Soll die Völkerdemokratie endlich Wahrheit werden, dann darf der unerträgliche Gewaltzustand im Saargebiet nicht länger fortbestehen.

( Zuruf: Bravo!).

rsitzender:

Herr Abg. Schmelzer hat das Wort.

hmelzer ( Lib. Volkspartei):

Die Botschaft der Regierungskommission klingt aus in der Betonung der Idee der Völkerversöhnung. Die liberale Volkspartei des Saargebietes unterstreicht diese Idee der Völkerversöhnung, die dem Wohle einer Grenzbevölkerung, wie wir es hier sind, dient. Diese Idee ist auch das Ideal des Völkerbundes, des Treuhänders für das Saargebiet. Wir möchten aber nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, auf das ernste darauf hinzuweisen, dass dieser Idee im Saargebiet nur gedient werden kann, mit der Achtung vor unserem deutschen Volkstum.

Meine Partei tritt mit gutem Willen an die Aufgabe heran, die dem Wohle der Bevölkerung dienen sollen, und weil wir der Meinung sind, dass eine neue Zeit der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bevölkerung beginnen soll, verzichten wir darauf, in eine eingehende Kritik der Verordnung über den Landesrat einzutreten. Wir können aber nicht darauf verzichten, doch auf einige Punkte kritisch hinzuweisen, nicht der Kritik wegen, sondern um den Boden für die künftige Zusammenarbeit vorzubereiten.

Die Verordnung macht einen Unterschied zwischen den Bewohnern des Saargebietes, die hier geboren sind und denen die zugewandert sind. Wir sind der Meinung, dass man wenn man eine

<u>Klassivizierung</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 I

Klassivizierung der Bevölkerung hätte vornehmen wollen, dann hätte es nur in der Weise geschehen können, dass man denen, die erst vor kurzer Zeit zugewandert sind, weder aktives noch passives Wahlrecht gewährt, dass man aber denen, die hier seitlangem ihre Heimat haben, alle Rechte zugestanden hätte. Eine Bevorzugung der hier Geborenen lehnen wir ab und wir hoffen, dass der Zustand, wie er jetzt besteht, nur ein vorübergehender sein wird. Wir bemängeln an der Verordnung auch die Bestimmungen, dass es dem Landesrat verwehrt ist, seinen Präsidenten zu wählen, seine Tagesordnung festzusetzen, von sich aus Anträge zu stellen, und dass ihm der Budgetrecht verweigert wird. Eine gewisse Verschärfung dieser Bestimmungen ist noch dadurch geschaffen worden, dass es die Regierungskommission für gut befunden hat, einen Beamten der Regierung zum Präsidenten zu ernennen. Es liegt uns fern, in eine Kritik der Person dieses Beamten einzutreten, es muss aber doch darauf hingewiesen werden, dass ein Beamter der Regierung gegenüber nicht die Freiheit besitzt, die der Präsident des Landesrates unbedingt haben muss. Wir hoffen, dass alle diese Beschränkungen nur vorübergehende sein werden.

In ihrer Botschaft, die in höflichen Worten gehalten ist, weist uns die Regierungskommission im wesentlichsten auf die Beschränkungen hin, die dem Landesrate auferlegt sind. Wir hätten diesen Hinweis gern vermisst, umsomehr, als uns die Tatsachen durch die Verordnung selbst bekannt sind, und von der Bevölkerung im höchsten Masse unangenehm empfunden werden. Es wäre uns lieber gewesen, wenn dem Landesrat mehr Positives für die Zusammenarbeit gezeigt worden wäre. Aber immerhin hat der Herr Präsident der Regierungskommission beim Empfang der Abgeordneten darauf hingewiesen, dass die Regierungskommission die Verordnung in liberaler Weise handhaben werde. Wir wissen bestimmt, dass er damit den Wünschen des Völkerbundsrates entgegenkommen wird. Wir nehmen die Worte der Regierung gern zur Kenntnis und hoffen, dass diesen Worten auch Taten folgen werden.

Vorsitzender: Herr Abg. Schmoll hat das Wort.

Schmoll ( Ver.f.Hausbes.&Landwirtschaft.):

Die Vereinigung für Hausbesitz und Landwirtschaft im Saargebiet ergreift die erste Gelegenheit, in der Öffentlichkeit zu sagen was sie ist. Das Bild, das über die Vereinigung bisher in der Öffentlichkeit gegeben wurde, ist ein vollständiges falsches. Wir erklären feierlich, dass wir auf deutschem Standpunkt stehen und weisen auf das Entschiedenste den Vorwurf zurück, dass wir der französischen Annexionspolitik Vorschub leisten würden. Wir lehnen es ab, dass man uns die französische Propaganda an die Rockschösse hängt, damit haben wir nichts zu tun und würden es uns verbitten, wenn die französische Propaganda sich künftig in unsere Sache hineinmischen würde, wie sie das in dem Wahllokal einmal getan hat. Wir haben uns in der Vereinigung für Hausbesitz und Landwirtschaft zusammengeschlossen und erfüllen eine vornehme deutsche Pflicht, wenn wir deutschen Grund und Boden lebensfähig erhalten wollen. (Zwischenruf des Abg. Röchling: Hört, hört!) Ja Herr Röchling, wenn Sie etwas anderes glauben, dann sind Sie eben falsch informiert. Wir wollen verhindern, dass es dem Kleingrundbesitz so geht wie der Grossindustrie, die schon mit 60 % französischen Kapitals durchsetzt ist oder die Werke mit einer französischen Optiva hat belasten lassen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4 I

Vorsitzender: unterbrechend:

Ich nehme an, dass das Ihre Erklärung ist und Sie nicht nachher noch eine schriftliche Erklärung verlesen.

Schmoll:

Ich habe keine schriftliche Erklärung bei mir. Das was ich sage, ist meine Erklärung. Sie sollen vor allem wissen, mit wem Sie es hier zu tun haben. Wir sind der Ansicht, dass der Grund und Boden des Saargebietes das Kostbarste ist, was es zu verlieren hat und dass derselbe in deutschen Händen lebensfähig erhalten werden muss. Der Bevölkerung, die ich zu vertreten die Ehre habe (unterbrechen Sie mich doch nicht immer, melden Sie sich nachher zum Wort und antworten Sie mir dann) die Ehre habe, ist deutsch und will deutsch bleiben, und ich erkläre hiermit, dass wir jede Französierungspolitik ablehnen. Wir stehen auf einwandfreiem deutschen Standpunkt, und geben uns nicht dazu her, französische Annexionspolitik zu treiben. Wir machen es nicht wie andere, die deutschen Grund und Boden hier an der Saar verkümmern lassen und damit der französischen Propaganda in die Hände arbeiten.

Vorsitzender:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Scheuer.

Dr. Scheuer ( Deutsch-Demokratische Partei):

Namens der deutsch-demokratischen Partei gebe ich folgende Erklärung ab:

" Mit Genugtuung habe ich aus der Botschaft der Regierungskommission entnommen, dass sie entschlossen ist, mit dem Landesrat zum Wohle der Bevölkerung zusammen zu arbeiten. Wahrhaftigkeit ist nach meinem Dafürhalten auch in der Politik unbedingtes Erfordernis. Deshalb halte ich es in diesem Augenblick, da der Landesrat eröffnet wird, für nötig, meiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, dass ein solches gedeihliches Zusammenarbeiten nur dann möglich sein wird, wenn die Regierungskommission ihre bisherige Politik von Grund aus ändert, denn die bisherige Politik der Regierungskommission, die im wesentlichen darauf hinausging, das deutsche Saargebiet von seinem Mutterlande abzutrennen, hat die Bevölkerung des Saargebietes bitter enttäuscht.

Auch für die Verordnung betreffend Gründung des Landesrates hat die Bevölkerung enttäuscht. Sie hatte erwartet, dass ihr eine Volksvertretung gewährt würde, der nicht das wichtigste Recht einer Volksvertretung, nämlich das Mitbestimmungsrecht fehlt. Die Deutsch-demokratische Partei wird nicht aufhören, auf alle mögliche gesetzliche Weise für eine Volksvertretung zu kämpfen, die das Mitbestimmungsrecht, das Budgetbewilligungsrecht, das Recht der Initiative haben wird, die sich ihren Präsidenten aus ihrer Mitte wählen wird, die das Recht hat, auf eigenen Wunsch zusammenzutreten, deren Mitglieder immun sind, und in welcher Weise nicht nur im Saargebiet Geborene, sondern alle Saareinwohner gewählt werden können. Besonders die Bestimmung , dass nur im Saargebiet Geborene das passive Wahlrecht haben, hat viel böses Blut gemacht. Diese Bestimmung war ganz sicher durch keiner Vorschrift des Vertrages von Versailles geboten. Auch im übrigen war eine solche Volksvertretung mit Mitbestimmungs-

recht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4

Mitbestimmungsrecht nach Ansicht weiter Kreise schon nach den jetzigen Bestimmungen des Vertrages von Versailles möglich. Denn nach diesem hat die Regierungskommission das Recht, alle Vertretungen zu berufen, die sie für erforderlich hält. Eine solche Vertretung mit Mitbestimmungsrecht ist eben erforderlich. Eine solche Volksvertretung würde keineswegs den Parlamentarismus bedeuten. Die Regierungskommission würde nach wie vor dem Völkerbunde verantwortlich sein und nicht der Volksvertretung gegenüber. Bei Differenzen zwischen der Regierungskommission und der Volksvertretung müsste der Völkerbund entscheiden.

Ist die Schaffung einer solchen Volksvertretung nach dem Vertrage von Versailles aber nicht möglich, so müsste diese eben geändert werden. Und die Regierungskommission müsste, wenn sie demokratischen Grundsätzen huldigt und ihr das Wohlergehen der Bevölkerung am Herzen liegt, selbst die Initiative dazu ergreifen, weil eine solche Volksvertretung der allgemeine Wunsch der Bevölkerung des Saargebietes ist.

Die Deutsch-demokratische Partei hat, ebenso wie die übrigen Parteien, immer ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit der Regierungskommission zusammenzuarbeiten. Dieser Bereitwilligkeit gebe ich auch jetzt wieder Ausdruck, glaube aber nochmals betonen zu müssen, dass eine gedeihliche Zusammenarbeit nur dann möglich sein wird, wenn die Regierungskommission ihren bisherigen Kurs ändert und insbesondere die Gutachten des Landesrates mehr berücksichtigt, als sie früher die Gutachten der Stadträte und Kreistage berücksichtigt hat.

Vor allem sollte die Regierungskommission aus dem Ausfall der Wahlen erkennen, dass die Bevölkerung des Saargebietes deutsch ist und bleiben will. Dieses Bekenntnis der Bevölkerung zum Deutschtum ist, was ich besonders betone, kein nationalistischer Chauvinismus, sondern es ist der Ausdruck der Liebe zur deutschen Heimat und zum deutschen Volke, es ist das Gefühl der Gemeinsamkeit des Gewordenseins und Gemeinsamkeit der jetzt und künftig zu bestehenden Not. Eine Regierung, die das Wohl der Bevölkerung will, darf solche Gefühle, die keinen anderen als einen idealen Grund haben, nicht missachten.

Vorsitzender:

Das Wort hat Herr Abg. Helfgen.

Helfgen ( Kommunistische Partei):

Ich habe namens meiner Fraktion folgende Erklärung zur Verlesung zu bringen:

Die Regierungskommission ist aufgrund des Versailler Machtfriedens durch den Völkerbund, einer Vertretung kapitalistischer Staaten, als Sachwalterin über das Saargebiet eingesetzt worden.

Als solche hat sie sich die Aufgabe, die Interessen der französischen Bourgeoisie, der das Saargebiet auf 15 Jahre zur Ausbeutung überlassen ist, wahrzunehmen. In Erfüllung dieser Aufgabe, muss die Regierungskommission gegen die Interessen der arbeitenden Klasse, die den grössten Teil der Bevölkerung des Saargebietes ausmacht, naturnotwendig verstossen.

Im

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 1

Im Laufe ihrerbisherigen Tätigkeit hat die Regierungskommission unter Missachtung ihres so oft gegebenen Versprechens," loxal: mit der Bevölkerung zusammenarbeiten zu wollen,fortgesetzt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstossen.

Sie hat,entgegen dem Wortlaut des Versailler Friedensvertrages die Begutachtung der Gesetze und Verordnungen durch die von der Bevölkerung gewählten Vertreter nicht beachtet,sie hat vielmehr in ihrem 11. periodischen Bericht an den Völkerbund,den gewählten Vertretern die Befähigung zur Begutachtung abgesprochen.

Die Forderungen der Gewerkschaftensind von ihr, trotzdem diese nur das Minium dessen sind,was die Arbeiterklasse zu ihrer Erhaltung vom Staate zu fordern hat,vollständig berücksichtigt geblieben.

Das Treiben verantwortlicher Elemente,deren Bestrebungen auf die Zerstörung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft und auf eine Stärkung der Annexionspropaganda zu Gunsten Frankreichs hinauslaufen,findet die stillschweigende Duldung der Regierungskommission.

Die Anwesenheit des französischen Militärs im Saargebiet,die im Gegensatz zum Wortlaut des Friedensvertrages steht,bedeutet eine ständige Bedrohung der Arbeiterklasse.

Die Einführung des Lohnsteuersystems,die Kohlen- und Umsatzsteuer sind eine unerträgliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung.

Die bestehenden Steuergesetze gestatten dagegen der besitzenden Klasse,die Steuern auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen und sich so ihrer Verpflichtungdem Staate gegenüber zu entziehen.

Die werktätige Bevölkerung leidet unter der herrschenden Bevölkerung und unter dem sich im Saargebiet besonders breitmachenden Wucher doppelt schwer.

Die Regierungskommission hat bisher nichts getan,um die Teuerung und den Wucher zu bekampfen.

Die beabsichtigten Massenentlassungen im Bergbau und bei der Eisenbahn sind eine Bedrohung der gesamten werktätigen Bevölkerung des Saargebietes.Die Regierungskommission,deren Schutz die gesamte Bevölkerung im Saargebiet anvertraut ist,hat durch keinerlei Massnahmen versucht diese Gefahr von der Arbeiterschaft abzuwenden.

Die Massnahmen der Regierungskommission sind der Ausfluss ihres Klassencharakters.Die Schaffung des Landesrates bedeutet nichts weiter als einen Versuch, die werktätige Bevölkerung des Saargebietes über den wahren Charakter der Regierungskommission zu täuschen.

Die Schaffung des Begriffes" Saareinwohner" die Bestimmung,dass nur im Saargebiet geborene Personen zum Landesrat wählbar sind,sind Massnahmen,die sich ausschliesslich gegen die Arbeiterklasse richten.

Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4 1

Die Nichtgewährung der Immunität der Abgeordneten, die Tatsache, dass der Landesrat nur die von der Regierungskommission geschaffenen Gesetze begutachten darf, sonst aber keinerlei Einfluss auf den Inhalt und auf die Durchführung der Gesetze hat, sind weiter ein Beweis dafür, dass das Verhalten der Regierungskommission diktiert wird von dem Klasseninteresse der französischen Bourgeoisie. Durch diese feststehenden Tatsachen wird der Landesrat zu einer Parlamentskomödie und zu einem Betrug an der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes. Die politische Rechtslosigkeit der Bevölkerung bleibt nach wie vor bestehen.

Aber nicht nur politisch, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist die werktätige Bevölkerung des Saargebietes vollständig entrechtet. Sie ist der Willkür eines brutalen Unternehmertums ausgeliefert. Der Ausbeutung sind keine Schranken gesetzt, die soziale Gesetzgebung versagt vollkommen. Die soziale Fürsorge, so mangelhaft sie selbst in Deutschland ist, versagt durch das Bestreben der Regierungskommission, dieselbe von der des deutschen Reiches loszulösen, fast vollständig. Die soziale Not der Saarbevölkerung äussert sich zu einem grossen Teil in der Wohnungsnot, zu der die Anwesenheit des französischen Militärs besonders beiträgt.

Die kommunistischen Abgeordneten des Landesrates fordern von der Regierungskommission zur Beseitigung dieser, die soziale Lage der werktätigen Bevölkerung aufs äusserste gefährdenden Missstände:

1.) Aufhebung der Lohn-, Kohlen- und Umsatzsteuer, steuerliche Erfassung des Besitzes,

2.) Gesetzliche Massnahmen gegen Teuerung, Wucher und Schleichhandel,

3.) Nachprüfung durch den Landesrat aller Massnahmen der Regierung, die Massenentlassungen im Bergbau und im Eisenbahnbetrieb zur Folge haben. Bis zur Entscheidung des Landesrats Aufhebung der bereits erfolgten Kündigungen,

4.) Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, gesetzliche Einführung der Betriebsräte mit mindestens denselben Rechten, wie die der Betriebsräte in Deutschland.

5.) Gesetzliche Festlegung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern und die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte,

6.) Ausbau der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Fürsorge.

7.) Zur Hebung der Wohnungsnot umfassende Massnahmen.

8.) Die Entfernung des französischen Militärs.

Die kommunistischen Abgeordneten des Landesrates sind sich bewusst, dass die Regierungskommission der Durchführung dieser Forderungen den heftigsten Widerstand

<u>entgegensetzen</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4

30

entgegensetzen wird und dass die Forderungen, welche die Mindestforderungen der werktätigen Bevölkerung sind, nur durchgeführt werden, wenn die gesamte Arbeiterklasse des Saargebietes sich mit allem Nachdruck hinter dieselben stellt.

Die kommunistischen Abgeordneten, als die von dem klassenbewussten Teil der Arbeiterschaft in den Landesrat gesandten Vertreter sagten der Regierungskommission und der hinter ihr stehenden Bourgeoisie den schärfsten Kampf an.

Die Bestimmung des Versailler Friedensvertrages, die Massnahmen des Völkerbundes und der Regierungskommission können die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung in ihrer Haltung nicht beeinflussen. Der Versailler Friedensvertrag bildet in seiner Gesamtheit ein Vertrag zwischen kapitalistischen Staaten und ist zugleich ein Anschlag auf die gesamte Arbeiterklasse der Welt.

In gemeinsamer Front mit der internationalen Arbeiterschaft wird der klassenbewusste Teil der Saararbeiter gegen den Versailler Machtfrieden zu kämpfen wissen.

Vorsitzender:

Wünscht noch jemand das Wort. Ich stelle fest, dass dies nicht der Fall ist. Wir fahren in unserer Tagesordnung fort:

Mitteilung des Entwurfes einer Geschäftsordnung und Bildung einer Geschäftsordnungskommission.

Staatskommissar Dr. Maurer:

Meine Damen und Herren!

Die Regierungskommission hat Ihnen einen Entwurf einer Geschäftsordnung vorgelegt. Sie wollte Sie nicht vor eine vollendete Tatsache stellen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu derselben zu äussern. Es wird am zweckmässigsten sein, wenn Sie in eine Beratung derselben eintreten.

Reinhard ( Kom. Partei):

Bevor wir zu dieser Besprechung übergehen, erachte ich es für notwendig, folgenden Antrag zu stellen. (Der Abgeordnete versucht allgemeine Angelegenheiten über die Lohnverhältnisse im Saargebiet zur Sprache zu bringen, er bleibt jedoch in der Hauptsache unverständlich).

Vorsitzender:

Der Antrag des Herrn Abg. Reinhard steht nicht auf der Tagesordnung, wie überhaupt die Frage der Stellung von Anträgen noch nicht geklärt ist. Aus diesem Grunde kann ich den Antrag auch nicht zulassen. Ich verkenne jedoch keineswegs die Tatsache, dass die Lage der Arbeiter in vieler Hinsicht einer Regelung bedarf, aber damit ist noch nicht

gesagt

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1 A4

gesagt, dass in der heutigen Sitzung des Landesrates eine diesbezügliche Besprechung stattfinden kann. Da die Tagesordnung eine solche Besprechung nicht vorsieht, war ich genötigt, den Herrn Abg. Reinhard in seinen Ausführungen zu unterbrechen.

Was die Besprechung des Entwurfes der Geschäftsordnung anlangt, so scheint diese heute nicht erwünscht zu sein. Da sich kein Widerspruch erhebt, können wir dazu übergehen, die Geschäftsordnungskommission, die 6 Mitglieder zählen soll, zu wählen. Ich bitte um Vorschläge für die Besetzung der Kommission.

Petry ( Soz.):

Ich schlage Herrn Dr. Sender vor.

Vorsitzender:

Ist die Versammlung mit diesem Vorschlage einverstanden? Ich stelle fest, dass dies der Fall ist und ich bitte um weitere Vorschläge.

Schmoll ( Hausb.& Landwirtschaft):

Darf ich eine prinzipielle Frage stellen? Die Zahl lässt wohl jeder Partei die Möglichkeit, einen Vertreter in die Kommissionen zu entsenden. Ich hoffe, dass auch meine Partei dabei berücksichtigt wird.

Dr. Sender ( Soz.):

Wenn wir von jeder Partei einen Abgeordneten in diese Kommission wählen, dann ist die Zahl von 6 Mitgliedern voll. Die Hinzuwahl weiterer Mitglieder steht nachher noch immer in unserem Belieben.

v. Vopelius ( Lib.Volksp.):

Ich schlage für meine Partei Herrn Abg. Schmelzer vor.

Levacher ( Z.):

Für die Zentrumspartei schlage ich Herrn Abg. Karius vor.

Dr. Scheuer ( Dem.P.):

Ich kann nur mich selbst vorschlagen.

Vorsitzender:

Ich nehme an, dass Ihre Fraktion damit einverstanden ist ( Heiterkeit).

Reinhard: ( Kom.P.):

Die kommunistische Partei schlägt Herrn Helfgen vor.

Wagner

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 1
A4 I

Wagner ( Hausb.& Landwirtschaft)

Ich schlage Herrn Abg. Schmöll vor.

Vorsitzender:

Ausser dem bereits gewählten Herrn Dr. Sender sind also noch vorgeschlagen die Herren Abgeordneten Karius, Schmelzer, Schmoll, Helfgen, und Dr. Schauer. Ich frage an, ob die Versammlung mit diesen Vorschlägen einverstanden ist. Es erhebt sich kein Widerspruch. Die gemachten Vorschläge sind also einstimmig angenommen. Ich bitte die gewählten Herren, sich nach dem Schluss der Sitzung wegen Einberufung der Kommissionssitzungen mit mir ins Benehmen zu setzen.

Die Geschäftsordnungskommission wird ihre Arbeit baldigst beginnen, sodass die nächste Vollsitzung des Landesrates sobald als möglich einberufen wird. Ich glaube jedoch nicht, dass wir im Laufe dieser Woche eine Vollsitzung halten werden können. Vielleicht kann es am nächsten Montag geschehen. Auf diese Weise würden wir die Frist nicht überschreiten, die für die erste Tagung des Landesrates gesetzt ist. Damit sind wir mit den Besprechungen der heutigen Tagesordnung zu Ende.

Die heutige Sitzung hat zu sehr erregten Debatten geführt. Es sind die Meinungen scharf aufeinandergeplatzt, besonders hinsichtlich der Stellungnahme über die Zulassung der nunmehr abgegebener Erklärungen. Es ist klar, dass, wenn nach so langer Zeit, wie wir sie im Saargebiet hinter uns haben, die gewählten Vertreter der Bevölkerung in einem Gremium wie der Landesrat es darstellt zum ersten Male zusammentreten, die Absicht besteht, die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung laut und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Ebenso klar ist, dass die Regierungskommission und der Vorsitzende Ihrer Versammlung, da sie gebunden sind an den Friedensvertrag und die für den Landesrat geltende Gesetzgebung, Ihren Verhandlungsabsichten Schranken auferlegen müssen. Diese Stellungnahme ist nicht begründet in einem schlechten Willen, sondern lediglich in den gegebenen Verhältnissen. Wir haben uns immer vor Augen zu halten, dass der Landesrat kein Parlament darstellt wie die Staaten in unserer Nachbarschaft es haben. Niemand hat das besser erkannt als die heute hier anwesenden gewählten Abgeordneten selbst, als sie noch im Wahlkampf standen und als Kandidaten die Verordnung über die Bildung des Landesrates kritisierten. Ich muss gestehen, dass im Wahlkampf der Charakter und die Bedeutung des saarländischen Landesrates gegenüber den heute hier aufgestellten Forderungen viel klarer und richtiger zum Ausdruck gekommen sind, als in den soeben beendeten Debatten.

Wir sind im Landesrat keine parlamentarische Vertretung im üblichen Sinne, sondern lediglich eine begutachtende Stelle, die nur in Anspruch zu nehmen ist bei der Schaffung von Gesetzesänderungen und bei Vorlagen über neue Steuern. Dass diese Befugnisse des Landesrates vielen nicht weit genug gehen, ist zu verstehen angesichts der demokratischen Charakters der Saarbevölkerung. Ich bin überzeugt, dass auch die Regierungskommission für diese Situation Verständnis hat

trotzdem

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4

trotzdem sie nicht inder Lage ist, von ihrem Auftrage den sie vom Völkerbund erhalten hat, abzuweichen. ( Zuruf: Wenn sie nur will!) Sie legt infolgedessen grossen Wert darauf, dass auch ihre Stellungnahme von dem Landesrat in loyaler Weise gewürdigt wird. Wenn die heutige Sitzung auch zeitweise sehr bewegt war, so habe ich doch die Zuversicht, dass Landesrat und Regierung zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten kommen werden. Sie sowohl als die Regierungskommission betonen, dass Sie für die Interessen der Saarbevölkerung tätig sein sollen. Schenken wir einmal der gegenüberstehenden Richtung den Glauben, den wir jedem schuldig sind, der uns aufrichtig eine solche Versicherung gibt. Ich hoffe, dass die Arbeit es in der Zukunft beweisen wird, dass der heutige Tag, so ernst und so heiss es auch hergegangen sein mag, für unsere Zukunft doch von der Bedeutung gewesen ist, dass wir uns bestreben, zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zum Wohle der Saarbevölkerung zu gelangen. In diesem Sinne ein herzliches " Glück auf "!

Dr. Sender ( Soz.):

Herr Präsident, Sie haben Ihre Rede nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Vorsitzender: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss 7 Uhr.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1

A4 1